



Newsletter

VKL für Vertrauensleute in der Salzgitter Service und Technik GmbH

Internet: www.vkl-szst.de



In dieser Ausgabe:

Seite 1

- Bundesrat gegen stärkeren Schutz v. Leiharbeit
- 45.000 in Arena-Frankfurt

Seite 2

- Tarifrunde SZST
- Niedersachsen-Aufruf
- Aktuelle Termine

Seite 3-4:

- Die Lehmann-Brother-Lüge

Seite 4:

- Fortsetzung v. S. 3
- Umfrage-Mindestlöhne
- Atom-Lobby und ihr Wahlkampf

Impressum:

Vertrauenskörperleitung der IGM in der SZST GmbH, Eisenhüttenstrasse 99, 38239 Salzgitter.

Interne Anschrift: 18 BR/VKL, V.i.S.d.P.: Nils Knierim, VK-Leiter

Wachstum ohne Wohlstand!



Gegensteuern - Jetzt! Wählen gehen am Sonntag!

Bundesrat gegen stärkeren Schutz von Leiharbeitnehmern...

Die gesetzlichen Regeln für den Verleih von Arbeitskräften bleiben vorerst unverändert. Ein Antrag der SPD-geführten Länder Bremen und Rheinland Pfalz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) zu erneuern, fand im Bundesrat keine Mehrheit. Die Novelle habe das Ziel gehabt, „Fehler zu heilen, unter denen sowohl die Leiharbeitnehmer als auch die Stammbeslegschaften von Betrieben zu leiden haben“, erklärte Bremens regierender Bürgermeister Jens Böhrnsen. „Leider haben die CDU/FDP-Länder das verhindert“

Unterstützung aus Berlin

Bereits im Vorfeld hatte der Berliner Senat seine Unterstützung für die Initiative angekündigt. Auch der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Klaus Brandner (SPD), sprach sich für die Neuerung aus und forderte: „Die Ausbeutung der Leiharbeitnehmer muss ein Ende haben“.

Die von Union und FDP geführten Länder verweigerten jedoch ihre Zustimmung und ließen die Initiative scheitern. Damit wurde erneut deutlich, was von einer schwarz-gelben Koalition in Sachen Leiharbeit zu erwarten wäre: Die Verwaltung des Status Quo. Eine Regierung Merkel-Westervelle würde Leiharbeitnehmern in Deutschland vier weitere Jahre die Gleichberechtigung im Betrieb verweigern.

Betriebswahlen SZST 2010

Unsere Arbeit kann man sehen!

Kandidieren und wählen gehen!



45.000 Metaller in der Arena-Frankfurt für ein besseres Leben!

Rund 45 000 Menschen

haben am Samstag die Commerzbank-Arena in Frankfurt in eine politische Arena verwandelt. Drei Wochen vor der Bundestagswahl forderten sie von Politikern und Parteien:

Nicht mehr der Profit, sondern die Bedürfnisse und Interessen der Menschen, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit müssen im Mittelpunkt stehen.

Aus hunderten Betrieben in Deutschland waren die Teilnehmer in die Banken-metropole Frankfurt gekommen - stellvertretend für rund fünf Millionen Beschäftigte. Unter dem Motto "Macht Politik für die Mehrheit der Menschen" brachten sie ihre Forderungen auf den Punkt:

Keine Rente mit 67, keine Entlassungen, mehr Mitbestimmung in den Unternehmen und Perspektiven für die Jugend.

Für eine soziale und gerechte Gesellschaft

„Diese neoliberale Politik, dieser marktradikale Irrsinn muss auf dem Misthaufen der Geschichte entsorgt werden. Sie gehört ins Endlager der großen Irrtümer der Menschheitsgeschichte. Die Krise muss Anstoß sein für einen grundsätzlich anderen, für einen solidarischen Entwicklungsweg von Wirtschaft und Gesellschaft“, forderte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, in der Arena.

„Die IG Metall will ein Signal setzen für eine soziale und gerechte Gesellschaft.“ Mit der Bundestagswahl würden die Weichen für die Zukunft gestellt.

Daher könne nicht egal sein, wer bei der Bundestagswahl die Nase vorn habe. Unter dem Motto "Wählen gehen" wolle die IG Metall in den kommenden drei Wochen intensiv für eine hohe Wahlbeteiligung am 27. September werben, so Huber.

Also, fordert Eure Kolleginnen und Kollegen auf, an der Bundestagswahl am 27. September 2009 zur wahl zu gehen!

Mitbestimmen für einen Politikwechsel!

Tarifrunde SZST 2009

TK hat Forderung für die SZST beschlossen!



Die Tarifrunde 2009 für die rund 2780 Beschäftigten der SZST ist eröffnet. Am 10. August beschloss die Tarifkommission einstimmig die Forderung: eine Entgelterhöhung mindestens wie beim Stahl-Abschluss vom 1. April. Dazu gibt es Gesprächsbedarf über das Thema Altersteilzeit sowie die Übernahme der Azubis.

Einig war sich die Tarifkommission darüber, dass die Entgelterhöhung nicht unter dem Abschluss in der Eisen- und Stahlindustrie vom 1. April 2009 liegen dürfe. Der Stahl-Tarifvertrag sieht eine Laufzeit von 17 Monaten vor (vom 1. April 2009 bis 31. August 2010). Für die Monate April bis Dezember 2009 gibt es für die Stahl-Beschäftigten eine Einmalzahlung von 350 Euro brutto in zwei Raten, für Auszubildende 50 Euro. Ab 1. Januar 2010 steigt das Einkommen um 2 Prozent. Der Entgelt-Tarifvertrag bei der SZST ist zum 31. August 2009 gekündigt, sodass eine Übernahme des Stahlergebnisses ab dem 1. September 2009 wirksam werden könnte. Zusätzlich fordert die Tarifkommission das Unternehmen auf, Gespräche über eine Anschlussregelung für den Ende 2009 auslaufenden Tarifvertrag über Altersteilzeit aufzunehmen. Mehr Informationen erhaltet ihr auf der Homepage der VKL-SZST unter www.vkl-szst.de

Die nächste Verhandlung mit dem Arbeitgeber findet am **30. September 2009 um 16.00 Uhr** statt. Danach werdet ihr wie gewohnt über die Vertrauensleute, Betriebsräte und über die Homepage informiert.

Gegen Atomstrom

Niedersachsen-Aufruf unterstützen

Ein breites Bündnis der Gesellschaft tritt dafür ein, dass am Atomausstieg nicht



werden darf. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, den Niedersachsen-aufruf zu unterstützen. Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte, Vertreter der Bürgerinitiativen gegen Atomkraft, Politiker, Kulturschaffende und Sportler haben dazu aufgerufen, sich an der laufenden Unterschriftenaktion gegen Atomkraft zu beteiligen.

Während an den Börsen schon wieder Wetten auf eine Renaissance der Atomenergie abgeschlossen werden, versinkt Niedersachsen im Atommüll. Gorleben, Asse und Schacht Konrad sind genug.

Wir wollen nicht länger das Atomklo der Republik sein.

Kein Tag vergeht ohne neue Hiobsbotschaften. Die rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen in der Asse drohen abzusaufen.

Eine Zeugenbefragung im parlamentarischen Untersuchungsausschuss hat ergeben, dass dreimal mehr Plutonium in der Asse lagert, als bisher von den Verantwortlichen angegeben. In tausenden Fässern lagern mindestens 28 kg anstatt 9 kg.

Trotz nicht enden wollender Störfälle in deutschen Atomkraftwerken verweigert das niedersächsische Umweltministerium eine Überprüfung der Atomaufsicht durch die Internationale-Atomenergie-Organisation. Jetzt ist auch bewiesen, dass die Erkundungen in

schon mal vormerken!

VKL-Termine:

- 24.09.2009, 13.00 Uhr
Vertrauensleute-Vollkonferenz im Walzwerk-2, alte Kantine, Thema: Aufstellung Listenwahlverfahren BR-Wahl 2010-SZST.
- 28.09.2009, 8.00 Uhr
Belegschaftsversammlung SZST im Info-Zentrum der Salzgitter AG/Tor-1
- 28.09.2009, 17.00 Uhr
Delegiertenversammlung im Gewerkschaftshaus-Salzgitter, Großer Saal
- 30.09.2009, 16.00 Uhr, Gästehaus
Tarifverhandlung SZST
- 05.10.2009, 13.30 Uhr
Arbeitskreis Kommunikation-Homepage für alle Redakteure

Gorleben unter der Ägide von CDU-Regierungen ohne wissenschaftliche Grundlagen begonnen und die Bevölkerung über Jahre belogen worden ist. Dennoch hält Ministerpräsident Christian Wulff am Endlagerstandort Gorleben fest.

Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) bietet sogar weitere Atommüllstandorte in Niedersachsen auf dem Tablett an.

Hier beweist sich, dass schwarz-gelb die richtige Kennzeichnung für Gefahrgut ist. Schwarz-Gelb steht für Atom.

Der Anti-Atom-Treck nach Berlin ist ein klares Zeichen gegen die Nutzung der Atomenergie und die ungeklärte Entsorgung des strahlenden Mülls an die Politik in Berlin. Die Menschen wollen den Ausstieg aus der Atomenergie und den Umstieg auf regenerative Energien.

Wir meinen, es reicht. Niedersachsen ist nicht Atommülldeponie der Republik.

Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden.

Bisher unterstützen 1244 namenhafte Personen aus Politik und Gewerkschaften bereits den Niedersachsenaufruf!

Ihr könnt den Niedersachsen-Aufruf auf der Internetseite unter der Adresse <http://www.niedersachsen-gegen-atomkraft.de/petition.php> unterstützen.

Beteiligt Euch und setzt ein Zei-deutliches Zeichen!

Ja, ICH unterstütze den
NIEDERSACHSENAUFRUF!

Ein Jahr nach dem Zusammenbruch der Investmentbank „Lehman Brothers“

Die Lehman Brothers Lüge: Die Ursachen der lang angelegten Finanzmarktkrise abschaffen!

15.09.2009, Ein Artikel von Prof. Dr. Hickel, Wirtschaftswissenschaftler, Prof. an der Uni Bremen.

Wenige Tage nach der staatlichen Rettung der beiden Megahypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac ist die Investmentbank Lehman Brothers mangels eines staatlichen Rettungsprogramms am 15. 9. 2008 in Konkurs gegangen. Sicherlich hat dieser Zusammenbruch endgültig das gesamte Bankensystem in eine tiefe Vertrauenskrise gestürzt. Der Interbankenmarkt, über den sich die Banken wechselseitig kurzfristig finanzieren, funktionierte über Nacht nicht mehr. Vor allem die Geschäfte mit langfristigen Wertpapieren (auch Pfandbriefen), die kurzfristig über den Geldmarkt refinanziert wurden, flogen auf (vgl. Zusammenbruch von Hypo-Real-Estate).

Zweifellos hat die Lehman Brother Pleite auch wegen der erkennbaren Unkalkulierbarkeit der US-Rettungspolitik einen weltweiten Dominoeffekt in der Bankenwelt ausgelöst. Diese Investmentbank, die mit einem Eigenkapital von 18 Mrd. \$ eine Bilanzsumme von über 650 Mrd. \$ aufwies, steht stellvertretend für die vielen anderen Banken.

Die Ursachen dieses Zusammenbruchs liegen in einer langfristig durchgesetzten Deregulierung der Finanzmärkte seit Ende der 1980er Jahre. Auf Lehman Brothers hat sich symptomhaft besonders der seit Jahren aufgestaute Handel mit hoch spekulativen, dubiosen Finanzmarktprodukten, die auffliegen mussten, konzentriert.

Im Mittelpunkt dieser risikoignorierenden Geschäfte standen: mehrfach zu Wertpapieren verpackte Hypothekenkredite mit minderwertiger Qualität („subprime“) über die die kreditgebenden Banken die eingehandelten Risiken weltweit verhöbert haben. Aber auch die Nutzung von Schattenbanken außerhalb offizieller Bilanzen hat die Spekulationsblase angetrieben.

Die wichtigste Lehre aus der Pleite von Lehman Brothers ist: eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte, um spekulative Scheingewinne, die auch die Basis der exorbitanten Bonizahlungen sind, zu verhindern. Wie es der G 20- Gipfel Anfang April 2009 in London formuliert hat: Jedes Finanzprodukt und alle Finanzmarktinstitutionen müssen staatlich kontrolliert werden.

Einige zugespitzte Fragen:

Welche Rolle hat das Fallenlassen von Lehman am 15. 9. 2008 für den weltweiten Zusammenbruch des Kasinokapitalismus gespielt?

Die Behauptung, die Crash-Ursache sei der Absturz von Lehman Brothers, ist falsch. Diese Schuldzuweisung muss als die Lehman-Lüge bezeichnet werden. Die Fehlentwicklung hat bereits im Oktober 1986 begonnen, als Maggi Thatcher in Großbritannien Regulierungen am Finanzplatz London über Nacht (Big bang) aufgehoben hatte. Die Bush-Regierung tat dasselbe. Und auch Deutschland hat sich auf diesen internationalen Deregulierungswahn eingelassen - vor allem die rot-grüne Bundesregierung in den Jahren 2002 und 2003, die etwa Hedgefonds und die unkontrollierte Mehrfachverpackung von Krediten zu strukturierten Wertpapieren zugelassen hat. Damals wurde auch immer damit geworben, man müsse sich ohne Wenn und Aber der internationalen Konkurrenz auf den Finanzmärkten stellen. Schließlich seien wegen der optimalen

Selbststeuerungskraft der entfesselten Finanzmärkte Krisen nicht zu erwarten. Am Beispiel der Investmentbank Lehman Brothers haben sich schließlich dramatisch die Folgen von Gier und organisierter Verantwortungslosigkeit auf den Finanzmärkten offenbart?



Ist das Finanzmarkt-Casino wieder geöffnet?

Die Lernfähigkeit aus der tiefen Krise ist vor allem bei den machtvollen Banken nicht erkennbar: Das Investmentbanking gewinnt wieder an Bedeutung, das Casino ist schon wieder geöffnet. Die Spieler, die durch Bankenzusammenbrüche allerdings weniger geworden sind, stehen noch etwas unter Schock. Jedoch die Gier tobt sich mangels nachhaltiger Kontrolle durch neue Türsteher an den Roulettetischen aus.

Was ist aus dem Crash gelernt worden?

Die Antwort fällt gespalten aus. Die Politik, vor allem die G-20-Gruppe, hat durchaus ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass internationale Regulierungen des Finanzsektors nötig sind.

Dagegen nutzen die stärker gewordenen Banken mit ihren Investmentaktivitäten die Zeit ohne neue Spielregeln schon wieder aggressiv aus. Wenn jetzt nicht schnell die Leitblanken aufgestellt werden, dann hat der Finanzkapitalismus aus seiner jüngsten Krise nichts gelernt. Das Zeitfenster zur Bändigung der Finanzmärkte ist eng.

Wer trägt die Lasten der Krise?

Die Lasten aus der Krise sind riesig. Sie beschränken sich nicht nur auf den verursachenden Finanzsektor, sondern schlagen auf die Produktionswirtschaft durch.

Eine Studie der Commerzbank geht von 10,5 Billionen Euro weltweit aus. Dabei sind die Kosten der durch den Finanzmarktcrash ausgelösten Wirtschaftskrise berücksichtigt. Allein der Bestand an toxischen Finanzmarktprodukten bei deutschen Banken wird immer noch auf ca. 300 Mrd.€ geschätzt. Die sich daraus ergebende Kreditzurückhaltung trifft viele kleine und mittlere Unternehmen, aber auch große Unternehmen.

Der Staat musste weltweit mit Rettungsfonds einspringen. Allerdings haben die Finanzgiganten, die die Krise zu verantworten haben, bisher kaum etwas für Rettungsaktionen bezahlt. Das gesamte Risiko liegt letztendlich beim Staat, und das sind die Steuerzahler. Die durch die privatwirtschaftliche Gewinnorgie ausgelösten Krisenkosten drohen verstaatlicht zu werden.

Deshalb müssen Banken, die wieder in die Gewinnzone geraten, an der finanziellen Last ihrer Rettung beteiligt werden. Dazu gehört auch eine Steuer auf den Handel mit allen Finanzmarktprodukten (erweiterte Tobinsteuer). Diese globale Spekulationssteuer reicht jedoch nicht aus. Erst durch Regulierungen werden die Spekulationsge-

schäfte nachhaltig reduziert

Was hat die Politik im Jahre eins nach Lehman zustande gebracht?

Abgesehen von den weltweiten und nationalen Deklarationen, wichtige Maßnahmen zur Kontrolle des Finanzmarktsektors sind bisher nicht realisiert worden. Der Handel mit hochspekulativen Derivaten ist nicht beschränkt worden.

Banken haben weiterhin einen Anreiz, mit verbrieften Krediten ihre Risiken zu verkaufen. Auch das „Zertifikate“-Glücksspiel ist nicht unter Kontrolle gestellt worden. Spekulative Leerverkäufe von Aktien belasten weiterhin die Funktionsfähigkeit von Börsen. Vergeblich sucht man nach einer Zulassungsbehörde für Finanzmarktprodukte. Die systematische Desinformierung durch Ratingagenturen ist nicht einmal ansatzweise angegangen worden.

Wie lassen sich wieder sprudelnden hohen Bonizahlungen bändigen?

Die Debatte über die Beschränkung der Bonizahlungen im Bankensektor ist sicherlich wichtig. Aber dadurch wird nicht die Ursache in Blick genommen. Die Basis sind spekulative Gewinne, die sich schnell als Scheingewinne herausstellen.

Mit der Einschränkung ja dem Verbot solcher Alchimistengeschäfte, bei denen mit Gold angestrichene Steine als echtes Gold ausgegeben werden, muss das Gewinnpotenzial für Bonizahlungen reduziert werden. Die wieder erstarkte Bankenlobby lässt nichts unversucht, diese Redimensionierung der Banken zu verhindern.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman fordert: Making banking boring - macht Bankgeschäfte langweilig. Künftige Regulierungen müssen darauf abzielen, abenteuerliche Geschäfte zu reduzieren und die Banken auf die Aufgabe, die Schöpfung von ökonomischen Werten zu unterstützen, redimensionieren. Dann sinkt auch das Gewinnpotenzial für die Managergehälter und die Boni.

Wie groß ist die Gefahr eines „Business as usual“?

Die Gefahr ist sehr groß, dass sich der Finanzmarktkapitalismus als nicht lernfähig erweist. Diese Unfähigkeit des Lernens ist die Folge von massiven Interessen am „Business as usual“: Vor allem die Investmentbanken sowie die Kapitalfonds setzen massiv ihre politische Macht ein, um zur Tagesordnung überzugehen.

Die jüngste Krise hat allerdings gezeigt, dass sich nicht nur damit die Banken selbst schaden, sondern dass die Produktionswirtschaft außerhalb der Finanzmärkte schwer belastet wird. Werden jetzt nicht die Lehren in wirksame Ordnungspolitik umgesetzt, dann ist in zwei bis drei Jahren die nächste große Finanzmarktkrise mit katastrophalen Folgen für die Gesamtwirtschaft vorprogrammiert.

Quelle: Prof. Dr. Rudolf Hickel

Thema des nächsten VKL-Newsletter

- Wahlfahrplan für die BR-Wahl 2010 in der SZST
- Listenaufstellungsverfahren für die BR-Wahl
- Was läuft wie und wann?
- Kandidatenaufstellung
- Weitere wichtige Termine zur BR-Wahl 2010

DGB-Umfrage: 85 Prozent der Deutschen für Mindestlöhne



85 Prozent der Deutschen für Mindestlöhne Die Zustimmung zu Mindestlöhnen hat wenige Tage vor der Bundestagswahl einen neuen Höchststand erreicht. Nach einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des DGB stimmen **85 Prozent** der Befragten für Mindestlöhne, fünf Prozent mehr als vor einem Jahr.

Die weitaus größte Zunahme der Befürworter wurde unter den FDP-Anhängern mit plus 12 Prozent auf insgesamt 74 Prozent gemessen. Bei den SPD-Anhängern sei die Zustimmung um 10 auf 93 Prozent gestiegen. Bei den Unionsanhängern habe der Anteil dagegen leicht um 2 Prozent auf 79 Prozent abgenommen. Die meisten Befürworter gab es bei Sympathisanten der Linken (99 Prozent, plus vier Prozent) und der Grünen (79 Prozent, plus drei Prozent).

DGB-Vorstandsmitglied erklärt dazu:

„Die Ergebnisse belegen eindrucksvoll, dass sich die CDU- und FDP-Spitzen immer weiter von Ihren Parteianhängern entfernen und sogar gegen deren Willen agieren.“

Wenn fast 80 Prozent der CDU-Anhänger und rund zwei Drittel der FDP-Wähler für die Einführung von Mindestlöhnen plädieren, muss man Frau Merkel und Herrn Westerwelle mit ihrer Blockadehaltung gegenüber Existenz sichernden Löhnen gefährliche Realitätsferne attestieren. Sie akzeptieren nicht nur Armutslöhne und daraus resultierende Minirenten. Sie nehmen zudem billigend in Kauf, dass die sozialen Sicherungssysteme ausbluten.

Deshalb fordert der DGB alle Bürgerinnen und Bürger auf, wählen zu gehen und genau hinzuschauen, welche Parteien ihre berechtigten Anliegen ernst nehmen und umzusetzen bereit sind. Arbeit muss sich für die Arbeitnehmer wieder wirklich lohnen und vor allem vor Armut schützen.“

Internes Strategiepapier

Atomlobby plante Wahlkampf minutiös

Eine Liste mit vermeintlich wohlgesinnten Journalisten, Argumentationshilfe für Union und FDP, eine U-Boot-Strategie für die SPD: Die Atomlobby hat den Wahlkampf bis ins Detail vorbereitet - um ihn aktiv zu steuern. Das belegt ein internes Strategiepapier, das SPIEGEL ONLINE vorliegt.

Mehr könnt Ihr unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,650172,00.html> online nachlesen.

